

Wien, 14. April. (Programm des Deutschen Klubs.) Seit Mitte November 1914 fanden in einem Kreise von Mitgliedern des Deutschen Klubs, der Hochschullehrerschaft und der Altherrenverbände der deutschvölkisch-akademischen Körperschaften Besprechungen über die Neuordnung der Dinge in Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege statt. Das Ergebnis dieses Gedankenaustausches wurde verschiedenen Körperschaften sowie den deutschen Volksräten der einzelnen Kronländer mitgeteilt und von ihnen beraten. Unter Mitwirkung der Deutschradikalen Vereinigung des österreichischen Abgeordnetenhauses entstand so ein Programm unter dem Titel „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“. Die programmatischen Forderungen behandeln in vier Hauptstücken die zukünftige Gestaltung und die inneren Reformen in Oesterreich. Den Anhang bildet ein Entwurf eines Sprachengesetzes. Der erste Punkt der Vorschläge betrifft die Stellung der einzelnen Kronländer in der Monarchie zu dieser und zueinander. Weiter werden Vorschläge für ein Sprachengesetz erstattet und eine dementsprechende Förderung des Schulwesens durch den Staat verlangt. Die staatliche Beaufsichtigung und Ueberwachung des gesamten Schulwesens, die sich auf Lehrkräfte, Lehrmittel und das Lehrziel zu erstrecken hat, muß im Einklänge mit den staatlichen Belangen, insbesondere dem einer staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend, ausgeübt werden. Das Programm verlangt ferner die Ordnung der nationalen Angelegenheiten in den Sudetländern sowie in den südlichen Kronländern und die Inangriffnahme einer zielbewußten Adriapolitik. Für Böhmen verweist es auf eine entsprechende Einteilung der Gerichtsbezirke und Landtagswahlkreise und verlangt die A r e i s e i n t e i l u n g. Für Triest fordert das Programm, daß diesem ersten Seehandelshafen von Oesterreich der gesamtstaatliche Charakter aufgeprägt werde. Ferner wird die Durchführung einer durchgreifenden, dem gegenwärtigen Stande der Staats- und Volkswirtschaft angepaßten Reform in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung verlangt. Diesem Ziele soll die Vereinfachung des Geschäftsganges und des Instanzenzuges bei gleichzeitiger Verminderung der Anzahl der Beamten und ihrer wirtschaftlichen Besserstellung dienen. Das Programm behandelt weiter Fragen der Verfassung und fordert eine Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses im Sinne seiner Verhandlungsfähigkeit.

Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn fordert das Programm im Interesse der staatlichen, militärischen und wirtschaftlichen Kräftigung der österreichischen Monarchie das Festhalten an den bewährten Grundsätzen des Dualismus und eine langfristige Regelung des wirtschaftlichen Vertrages. Das Programm tritt endlich für die möglichst innige Ausgestaltung des bestehenden Bundesverhältnisses mit dem Deutschen Reiche und für die Schaffung einer Wirtschafts- und Zollgemeinschaft zwischen beiden Monarchien mit entsprechenden Uebergangsbestimmungen und für die Einigung auf eine gemeinsame Handels- und Ueberseepolitik ein. Des weiteren wird die Schaffung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes als Gegengewicht gegen die bestehenden großen anderen Wirtschaftsgebiete der Nachbarstaaten befürwortet.

Heute fand im Festsaale des Kaufmännischen Vereines eine Besprechung der Mitglieder des Deutschen Klubs mit Vertretern der an der Ausarbeitung des Programms beteiligten Körperschaften statt. Der Obmann des Deutschen Klubs, Professor Dr. Rudolf Seyer, führte aus, daß die aufgestellten Forderungen weder ein umfassendes Programm sein sollen und können. Den Verfassern desselben lag der Gedanke der Gründung einer neuen Partei ferne, da für die Deutschösterreicher jetzt jede neue Spaltung gefährlich wäre und Einigungsversuche nötiger denn je seien. Die Verfasser des Programms betrachten als Bundesgenossen alle jene, die ein starkes Oesterreich wollen, in erster Reihe das Herrscherhaus und die Heeresverwaltung. Das Programm habe einen die politische Zukunft vorbereitenden Charakter. Berichterstatter Dr. Schachernayr besprach die grundsätzlichen, staatsrechtlichen und außerpolitischen Fragen des Programms im Sinne des bekanntgegebenen Inhalts desselben. Direktor Doktor v. Wotawa behandelte die innerpolitischen Bestimmungen des Programms, die Sprachenfrage und die Verwaltungsreform. Zur Frage der Landesautonomie könne erst dann von der Deutschen Stellung genommen werden, wenn die gewünschte staatsrechtliche Gestaltung der Monarchie zustande gekommen sein werde. Berichterstatter Dr. Ferdinand Eger (Laibach) besprach die Grundzüge eines Sprachengesetzes. Sowohl die alpenländischen Volksräte, wie der deutsche Volksrat für Böhmen haben den diesbezüglichen Vorschlägen zugestimmt. An der Debatte über das Programm beteiligte sich sodann eine Reihe von Rednern.